Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Baden & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 7,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 21,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 10,00 M. Einzelnummer 40 Pf. **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 2,30 M., Familienanzeigen 2,00 M., die 3gespaltene Reklamezeile 9,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 40 Pf.

Nr. 254 | Dresden, Sonnabend den 29. Oktober 1921 | 32. Jahrg.

Das Versagen der Mitte

Zu den Zeitungen, die bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit ihrer Schwärmerei für die sogenannte Koalition der breiten Mitte Ausdruck geben, gehört auch der Dresdner Anzeiger. Jetzt bringt das Blatt unter der Ueberschrift: „Das Versagen der Mitte“, eine Zuschrift seiner Berliner Schriftleitung, in der an dem Verhalten der Demokraten und der Deutschen Volkspartei während der letzten Krise entschieden Kritik geübt wird. Es wird u. a. gesagt, daß die bürgerlichen Mittelparteien während des Verlaufs der Krise nicht diejenige innere Klarheit in ihrer Haltung bewiesen hätten, die dazu gehört, um einem [illegible] innerpolitischen Erfolg zuliebe auf eine außenpolitische Demonstration zu verzichten, über deren Wirkungen man überdies sehr geteilter Meinung sein könnte. Die Verstimmung und die Depression, die jetzt bei vielen Abgeordneten der beiden liberalen Parteien zu merken seien, ließe darauf schließen, daß diese parlamentarischen Gruppen sich beim Nachdenken über das, was sie in den letzten Tagen geleistet haben, vielleicht nicht allzu wohl fühlten. Die begangenen Fehler seien im Augenblick nicht ohne weiteres gutzumachen, aber man solle jetzt wenigstens aus ihnen lernen.

Die Erwartung, daß die Leute von der Demokratischen und der Deutschen Volkspartei aus dem Verlauf der Krise etwas lernen werden, wird zwar in diesem Artikel des Anzeigers nicht ausgesprochen, aber niemand wird glauben, daß der Anzeiger von seiner Schwärmerei für die „starke Mitte“ jetzt geheilt sein wird. Bei nächster Gelegenheit werden wir wahrscheinlich wieder in dem Blatte lesen können, daß es unbedingt notwendig sei, Deutschvolksparteiler und Sozialdemokraten in einer Koalition zusammenzuspannen.

Zu den Leuten, die aus den Vorgängen während der letzten Krise nichts gelernt haben, gehört auch der preußische Ministerpräsident Stegerwald. Auch er schwärmt weiter für die große Koalition. In einer Unterredung mit dem Chefredakteur des Deutschen erklärt er, daß er dem Streit im Reichstage trotz allen üblen Begleiterscheinungen eine dauernde und entscheidende Bedeutung nicht beimesse. Er erkennt allerdings an, daß durch die Ereignisse im Reich die bisherige Regierungsbasis in Preußen erschüttert sei und erklärt, daß die Einbeziehung der Sozialdemokraten in die preußische Regierung jetzt sowohl ein Gebot des politischen Anstandes als auch der Staatsnotwendigkeit sei. Der Sozialdemokratie könne nicht zugemutet werden, in einer entscheidenden Stunde in die Bresche zu springen, in dem größten Bundesstaat dagegen von der unmittelbaren Mitwirkung an den Geschäften ausgeschaltet zu bleiben. Die Einbeziehung der Sozialdemokratie in die preußische Regierung müsse bald erfolgen. Aber die große Koalition werde doch kommen, weil sie kommen müsse. Bei einer schwachen Regierungskoalition würden wir bei den Steuerberatungen dieselbe Tragödie erleben, wie in den letzten Tagen in der oberschlesischen Frage. In Preußen würde die Verwaltungsreform so lange unmöglich sein, als nicht die große Koalition da sei. Die Koalition sei deshalb eine deutsche Lebensfrage.

Es gibt doch Leute, die durch nichts von ihren Illusionen geheilt werden können. Bei der Beratung der Steuervorlagen und der Verwaltungsreform müssen sich große Schwierigkeiten ergeben, weil unter den Parteien zu große Gegensätze vorhanden sind. Diese Gegensätze sind doch aber nicht deshalb da, weil wir die große Koalition nicht haben, sondern umgekehrt: die große Koalition ist deshalb noch nicht zustande gekommen, weil die Gegensätze zwischen den Parteien zu stark sind. Es ist ein Irrtum, wenn man glaubt, man könne politische Schwierigkeiten dadurch überwinden, daß man Parteien mit entgegengesetzten Zielen in einer Regierung zusammenfaßt. Wenn es in Deutschland doch noch einmal zu der großen Koalition kommen sollte, etwa, weil auf andre Weise überhaupt eine Regierung nicht zustande zubringen wäre, so würde das Kabinett, das sich auf diese Koalition stützte, eine Regierung des Stillstandes sein. Zu einer Lösung der großen politischen Aufgaben, die jetzt zu erfüllen sind, wäre sie nicht imstande. Sie könnte im besten Falle eine Zeitlang weiterwursteln.

Es ist nicht wahr, daß durch eine Zusammenarbeit zwischen Deutscher Volkspartei und Sozialdemokratie die für Deutschland notwendige Wiederaufbauarbeit geleistet werden kann. Damit wir wieder zu besseren Verhältnissen kommen, sind weitgehende Einschränkungen der Freiheit des Unternehmertums und scharfe Eingriffe in den Geldbeutel der Besitzenden notwendig. Dafür aber sind die in der Deutschen Volkspartei so einflußreichen Leute von der Großindustrie nicht zu haben. Sie fühlen sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen ganz wohl. Daß die deutsche Valuta ständig sinkt, stört sie nicht. Im Gegenteil, sie machen dabei glänzende Geschäfte.

Ebenso wie die Deutsche Volkspartei jetzt aus Furcht vor der nationalen Demagogie so glänzend versagt hat, so wird sie unter dem Einfluß der ihr angehörenden Großverdiener aus Industrie und Handel erst recht versagen, wenn es gilt, Maßnahmen zur Ordnung unsrer Wirtschaft und zur Besserung unsrer zerrütteten Währungsverhältnisse durchzuführen. Bei der sogenannten großen Koalition würden voraussichtlich Arbeiter und Angestellte die Kosten tragen müssen. Deswegen haben wir für das Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei so wenig übrig. Die Richtigkeit unsrer Auffassung wird durch das im Dresdner Anzeiger recht gut gekennzeichnete „Versagen der Mitte“ während der letzten Tage von neuem bestätigt.

Drei Jahre Tschechoslowakei

Prag, 28. Oktober. Anläßlich des 3. Jahrestages der Gründung der tschecho-slowakischen Republik empfing Präsident Masaryk heute das diplomatische Korps und hielt dabei eine Ansprache, in der er u. a. sagte: Das Problem, das der Krieg hinterlassen hat, ist größtenteils ein mitteleuropäisches. Für uns ist es selbstverständlich, daß wir im Einvernehmen mit der Entente arbeiten und darin fortfahren. Ich habe schon wiederholt erklärt, daß es sich bei uns darum handelt, die Autorität der Entente für Europa zu erhalten. Wir wollen den Frieden und nicht den Krieg. Das unvornehme und unwürdige Vorgehen Karls beweist aber den politisch denkenden Menschen, daß die monarchistisch-[illegible] Bewegung vom politischen Gesichtspunkte aus hohl ist und daß die Ratgeber Karls die politische Lage Mitteleuropas nicht verstanden haben. Seine Anhänger sollten nunmehr begreifen, daß der Kaiser nicht allein seine Person, sondern den Monarchismus kompromittiert hat. Wer sich von Habsburg nährt, stirbt daran.

In Beantwortung der Glückwünsche des Kammerpräsidenten [illegible] Masaryk u. a.: Wir haben gegenüber Ungarn keine Eroberungspläne, müssen aber darauf bestehen, daß die magyarische Regierung endlich ihre zweideutige Haltung aufgibt. Wir bestehen auf den Friedensverträgen und verlangen ihre loyale Durchführung. Wir sind einig mit der Entente, weil wir eben nichts wollen, als was mit ihr zum Abschluß gelangt ist. Die Mobilisierung bedeutet noch nicht den Krieg, ist aber eine große Belastungsprobe.

Gegenüber dem Ministerpräsidenten Dr. Benesch bemerkte Masaryk, daß der Verlauf der ganzen diplomatischen Aktion und der Mobilisierung, die im ganzen ruhig und ordnungsgemäß vor sich gehe, ein offenkundiger Beweis der inneren Konsolidierung der Republik sei.

12 Tode in Graslitz

Prag, 28. Oktober. Ueber die Vorgänge in Graslitz verbreitet die Pressenabteilung des Ministeriums für nationale Verteidigung folgende Darstellung: Donnerstag um 6 Uhr nachmittags kam in Graslitz im Erzgebirge eine militärische Abteilung an, bestehend aus 38 Mann und 2 Offizieren. Am Bahnhof wurde die Abteilung von einer großen Ansammlung der Bevölkerung erwartet, die die Soldaten mit Lärmen empfing, sie umringte, schmähte und mit Steinen bewarf. Die Mannschaften bewahrten trotzdem Ruhe und Manneszucht und reagierten nicht auf die Insulte. Als die Abteilung unter bedeutenden Hindernissen auf den Marktplatz gelangte, fielen aus den umliegenden Häusern zwei Schüsse. Das war das Signal zu einem Angriff der Bevölkerung, die den Soldaten die Gewehre zu entreißen begann. Der Kommandant gab darauf Befehl, zu schießen. Es wurden 12 Personen getötet und 19 (nach einer [illegible] Meldung 20) verwundet. Zur Sicherung der Ruhe wurde über den politischen Bezirk Graslitz das Standrecht verhängt.

Generalstreik gegen die Mobilmachung.

Einem aus Schönlinde (Böhmen) eingetroffenen Expreßbrief vom 27. Oktober entnehmen wir folgende Schilderung der nordböhmischen Zustände:

Seit gestern haben wir Generalstreik, der von der gesamten Arbeiterschaft Nordböhmens ausgerufen wurde und dem sich seit einer Stunde auch die ganze Beamtenschaft angeschlossen hat. Heute hat nun die Bevölkerung durch Massenaufrufe auf dem Bahnhof und dem Markt das Einrücken der Soldaten verhindert. Es fiel freilich von selbst keinem mehr ein, einzurücken. Bei uns ist alles noch verhältnismäßig ruhig. Dagegen hören wir aus den Nachbarstädten, daß dort vorläufig die Bahnhöfe von den Arbeitern besetzt gehalten werden.

In Rumburg, wo eine tschechische Garnison stationiert ist, wurde der tschechische Löwe zertrümmert und von der Kaserne heruntergerissen. Im Egerland und der Glasgegend (Gablonz) soll es ebenfalls stürmisch zugehen. Wir sind uns des Ernstes der Lage vollkommen klar und erwarten fast mit Bestimmtheit in einigen Stunden tschecho-slowakisches Militär und die Ausrufung des Standrechts. Das würde dann wahrscheinlich die Revolution für Deutschböhmen bedeuten. Hoffen wir, daß es nicht soweit kommt und der Mobilisationsbefehl zurückgezogen wird. Telegramme und Telephongespräche sind ausgeschlossen.

Streiflichter

Die französische Politik

ist zur Zeit äußerst rührig. Jedoch vermißt man in all ihrer Geschäftigkeit und Geschäftemacherei die große Linie. Das gilt übrigens nicht nur für die Franzosen. Wer geglaubt hat, daß der Zusammenbruch der Weltpolitik, wie wir sie im Weltkriege erlebten, eine Aenderung in den politischen Methoden herbeiführen würde, der ist bitter enttäuscht worden. Ebensowenig hat die Schaffung des Völkerbundes das geringste geändert oder gebessert an der Art und Weise, wie Politik getrieben wird. Nach wie vor gelten mehr oder weniger geheime Abkommen, Verträge, Ententen, Koalitionen und Bündnisse für die höchste Weisheit der Staatenführung. Und in diesen Dingen sind die Franzosen ja von jeher Meister gewesen.

In Ungarn hätten sie sich allerdings beinahe die Finger verbrannt. Denn es ist gar keine Frage, daß Karl mehr oder weniger im Einverständnis mit Frankreich handelte. Zum mindesten haben die Franzosen mit doppelten Karten gespielt. Wenn das nicht mehr hervorgetreten ist, sie sich vielmehr geschickt im Hintergrund hielten, so nur, um es auf der andern Seite nicht mit der Kleinen Entente zu verderben.

Im Osten sind sie eifrig bemüht, aus Polen ein lebensfähiges Gebilde zu machen. Daß die französische Polenpolitik sich ausgesprochen gegen Deutschland richtet, liegt auf der Hand. Frankreich braucht einen Ersatz für die Rückendeckung, die es vor dem Kriege an Rußland hatte. Denn die englische Rückendeckung ist von recht zweifelhaftem Wert. Dazu ist der englisch-französische Gegensatz in Europa und Asien viel zu tief.

Von diesem Gesichtspunkt aus bedeutet die Entscheidung über Oberschlesien einen doppelten Erfolg Frankreichs. Nicht nur wird Deutschland empfindlich geschwächt, die Auslieferung der wichtigsten Teile des oberschlesischen Industriegebietes stärkt auch naturgemäß die Lebensfähigkeit des polnischen Staates, wenn dieser Staat überhaupt Lebensfähigkeit besitzt. Den Beweis dafür ist er immer noch schuldig, während er Gegenbeweise schon zur Genüge geliefert hat.

Auch die Politik Frankreichs der Kleinen Entente gegenüber ist von den gleichen deutschfeindlichen Interessen diktiert, wie gegenüber den Polen. Fraglich ist allerdings, ob es den Franzosen gelingt, quer durch Süddeutschland hindurch (der Donau entlang) eine Einflußsphäre und damit eine feste Verbindung mit den Staaten der Kleinen Entente zu gewinnen. Es ist zu hoffen, daß Deutschland stark genug ist, gegen dieses französische Vorhaben Widerstand zu leisten. Wie weit das gelingt, hängt zum großen Teil von den bayerischen Sonderbestrebungen ab, die gewollt oder ungewollt den Franzosen in die Hände arbeiten und den deutschen Widerstand schwächen.

Läßt sich in Europa noch eine feste Linie der französischen Politik erkennen, die allerdings zum großen Teil von der Angst vor einem wiedererstarkenden Deutschland bestimmt wird, so fehlt diese Linie völlig bei der außereuropäischen Politik. Ueberall haben die Franzosen ihre Hände dazwischen.

In Kleinasien haben sie durch das türkisch-französische Abkommen mit den Türken ihren Einfluß bis an die Bagdadbahn ausgedehnt. Wir haben bereits darauf hingewiesen, wie sehr die Türken ihren Sieg den Franzosen mit zu verdanken haben. Dieser türkisch-französische Sieg hat zur weiteren Folge, daß sich jetzt auch Griechenland eifrig um die französische Gunst bemüht. Ob das ein Abrücken Griechenlands von England bedeutet, läßt sich noch nicht erkennen, ist aber nicht wahrscheinlich, da Griechenland finanziell schon zu sehr in englischen Fesseln steckt.

Auch in die ostasiatischen Verhältnisse hat Frankreich seine Nase gesteckt. Es ist sehr wahrscheinlich, daß Frankreich versprochen hat, bei der Washingtoner Konferenz die chinesischen Forderungen gegen Japan zu unterstützen. Das dürfte nicht ohne Einfluß gewesen sein auf das Verhalten des chinesischen Völkerbundvertreters bei der Entscheidung über Oberschlesien. —

Es ist auffällig, wie ruhig England die fortwährende Durchkreuzung seiner Politik durch die Franzosen hinnimmt. Die Rücksicht auf die irische Krise gibt keine genügende Erklärung dafür. Vielmehr scheint auch hier schon die Washingtoner Konferenz ihre Schatten vorauszuwerfen. Denn sowohl die Vereinigten Staaten wie England bemühen sich eifrig, Frankreich als Bundesgenossen für die Verhandlungen in Washington zu gewinnen.

Solange dieses Liebeswerben um die französische Gunst und Hilfe währt, kann Frankreich weiter im trüben fischen und eine Politik treiben, die in keinem Verhältnis steht zu seiner wirklichen politischen und wirtschaftlichen Stärke. Nur scheinen die französischen Politiker nicht zu wissen, daß auch Politik und Wirtschaft ihre eigenen Gesetze haben, die sich nicht vergewaltigen lassen, und daß jede Ueberspannung der tatsächlichen Macht sich über kurz oder lang bitter rächen muß.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19211029/1
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG